

---

## **Materialien zu den Frühjahrstagungen und ExpertInnengesprächen der IGfH / Neue Publikationen**

Die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) hat in ihrer Funktion als Fachverband für erzieherische Hilfen im Frühjahr 2013 mehrere ExpertInnengespräche und eine Großtagung durchgeführt. Zudem erschienen neue Veröffentlichungen:

Der Reader zum Internationalen Workshop zu „Care Leaver“ - Was kommt nach der Heimerziehung?“ am 25.-26.02.2013 in Frankfurt am Main ist auf den Seiten der IGfH [hier](#) eingestellt. Außerdem kann der Reader zum Forschungskolloquium Erziehungshilfen 2013 (08.03.-09.03.2013 in Frankfurt a.M.) der IGfH und des ISS heruntergeladen [hier](#) werden. Die Präsentationen des 7. Bundestreffen Integrierte Hilfen „Politik und Praxis der integrierten, sozialräumlichen Erziehungshilfen“ vom 11.-13.03.2013 in Erfurt sind ab Mitte/Ende April 2013 über die Web-Seite der IGfH (Veranstaltungen) zugänglich oder über die Tagungshomepage [www.integrierte-erziehungshilfen.de/](http://www.integrierte-erziehungshilfen.de/)

Zudem hat die IGfH zwei Ausgaben der Fachzeitschrift Forum Erziehungshilfen (Auflage 2.700 Exemplare im Juventa/Beltz Verlag) zu den Themen „Junge Volljährige“ ([ForE 1/2013](#)) und „Sexualisierte Gewalt in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe“ (ForE 2/2013) herausgebracht. Zwei Fachpublikationen sind ebenfalls im Frühjahr 2013 entstanden. Die Studie von Britta Sievers [„Migrationssensibler Kinderschutz - Anregungen aus Großbritannien“](#) konnte im Januar/Februar herausgebracht werden und im April 2013 erscheint von Studierenden aus drei Fachhochschulen und herausgegeben von Michael Behnisch, Gregor Hensen, Frank Eger der Band [„Reformgeschichten\(n\) Beiträge zur Geschichte der Erziehungshilfen - Im Spiegel einer Ausstellung: Entwicklungen von 1950 bis heute“](#). Der Band ist als Einführungslektüre in die Geschichte der Erziehungshilfen gedacht. Weitere aktuelle Informationen im Newsletter ForE Online der IGfH und laufend auf der Homepage [www.igfh.de](http://www.igfh.de)

\*\*\*\*\*

### **AGJ-Veranstaltung zum 14. Kinder- und Jugendbericht – Präsentationen eingestellt**

An der AGJ-Fachveranstaltung zum 14. Kinder- und Jugendbericht unter dem Leitmotiv „Kinder- und Jugendhilfe in neuer Verantwortung“ am 21./22. Februar 2013 nahmen über 230 Vertreterinnen und Vertreter der Kinder- und Jugendhilfe, Wissenschaft und Politik sowie der interessierten Fachöffentlichkeit teil. Ziel der Veranstaltung war es, wesentliche Ergebnisse des Berichtes vorzustellen und den fachpolitischen Austausch der Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe über die Kernaussagen des Berichtes im Rahmen von Referaten, Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen einzuleiten. Die einführenden Beiträge zu den zentralen Aspekten des 14. Kinder- und Jugendberichtes und zur Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht sowie zwei Autorenbeiträge aus der AGJ-Geschäftsstelle zu den Podiumsdiskussionen werden in der kommenden Ausgabe der AGJ-Zeitschrift FORUM Jugendhilfe veröffentlicht

Interessante Präsentationen zum Feld der Erziehungshilfen beispielsweise von [Wolfgang Trede: "Die erzieherischen Hilfen im 14. Kinder- und Jugendbericht. Entwicklungen - Debatten - Herausforderungen"](#) oder zur Kindertagesbetreuung (Powerpoint von Prof. Dr. Katharina Spieß: "Tagesbetreuung für Kinder") finden Sie auf den [Seiten der AGJ](#) oder auch mit der Gesamtfassung und Zusammenfassung des Berichtes auf der [Seite der IGfH](#). Die IGfH wird in Form einer Positionierung nicht den Gesamtbericht kommentieren, sondern vielmehr im April/Mai einige Anregungen des Berichtes kommentieren und weiterdenken.

\*\*\*\*\*

**„Wahrnehmen, Analysieren, Intervenieren. Zugänge zu sozialen Wirklichkeiten“ - Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit am 26. und 27. April 2013**

Am 26. und 27. April findet die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) an der Fachhochschule Frankfurt am Main (FH FFM) statt. Die Fachbeiträge der Tagung zielen auf die Reflexion von Wahrnehmungen und Interpretationen theoretischer und berufspraktischer Handlungserfahrungen. Die Vortragenden loten den Forschungszugang zu den Lebenswelten der betroffenen Zielgruppen aus und überprüfen, inwieweit Ergebnisse in die Berufspraxis übertragen werden können. Die Vorträge nehmen auch auf Querschnittsthemen der Sozialen Arbeit Bezug, darunter Migration, Gender, intergenerative und interkulturelle Arbeit, Rechtsextremismusprävention, Klinische Sozialarbeit und systemische Ansätze.

Die Tagung richtet sich an Interessierte aus Wissenschaft und Praxis und kostet für Nicht-Mitglieder der DGSA 120 Euro, für Studierende 40 Euro. Anmeldeschluss ist der 15. April 2013. Das Programm und die Möglichkeit zur Onlineanmeldung finden Sie [hier](#).

\*\*\*\*\*

**Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (Entwurf des Kinder- und Jugendhilfeverwaltungsvereinfachungsgesetzes (KJVG-E) und Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes**

Am 08.02.2013 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeverwaltungsvereinfachungsgesetz – KJVG-E) beschlossen. Die Vorschläge, Aufwandentschädigungen, die junge Menschen erhalten, nicht bei der Kostenheranziehung zu berücksichtigen, sind mit aufgenommen worden. Gegenüber dem Referatsentwurf ist die Neuregelung der Kostenerstattungsregeln für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge leider entfallen. Offenbar hat es doch Widerstand aus einzelnen Bundesländern gegeben.

Weiterhin werden zur Verbesserung der Datenlage in der Kinder- und Jugendhilfe insbesondere die statistischen Erhebungen zur Kinder- und Jugendarbeit neu konzipiert und Verbesserungen in den Erhebungsmerkmalen zur Adoption vorgenommen; ferner wird die Häufigkeit der Erhebungen zu den Einrichtungen und (in ihnen tätigen) Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) erhöht. Außerdem ist vorgesehen, dass die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen beim Umgang mit den umgangsberechtigten Personen auf den Umgang mit dem leiblichen, nicht rechtlichen Vater ausgedehnt wird. Wichtig ist vor allem, dass die Befristung des Leistungstatbestandes zur Hilfe für die Betreuung in einer Pflegefamilie im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen verlängert wird.

Eine exemplarische Stellungnahme und Einschätzung des Paritätischen Gesamtverbandes, die den Gesamtentwurf begrüßt, jedoch in Einzelpunkten kritische Anmerkungen formuliert, finden Sie [hier](#).

\*\*\*\*\*

**Handreichung zur Erarbeitung einrichtungsinterner Beschwerdeverfahren: Beschwerden erlaubt!**

Die Implementierung von einrichtungsinternen Beschwerdeverfahren ist nach Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes zu einer zentralen Herausforderung für die Akteure in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe geworden. Ausgehend von zehn Fallstudien wurden im Forschungsprojekt „BIBEK“ an der FU Berlin 2011-2012 Erfahrungen und „Bedingungen der Implementierung einrichtungsinterner Beschwerdeverfahren der Kinder und Jugendlichen“ analysiert. Auf dieser Grundlage wurde eine Broschüre erarbeitet, die Fachkräfte dabei unterstützen soll, die Entwicklung von Beschwerdeverfahren in ihren Einrichtungen zu gestalten. Im Fokus stehen z.B. Einrichtungskultur und Haltung, die Beteiligung von Leitung, MitarbeiterInnen, Kindern und Jugendlichen, die Auseinandersetzung mit Rechten von Kindern und Jugendlichen sowie mögliche Formen von Beschwerdeverfahren. Anschließend werden anhand konkreter Fallbeispiele unterschiedliche Kontexte und Entwicklungsprozesse

von Beschwerdeverfahren in Einrichtungen verdeutlicht und weitergehende Literaturhinweise gegeben. Die Broschüre finden Sie [hier](#).

\*\*\*\*\*

### **Projekteatlas zu „Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern“**

Der Dachverband Gemeindepsychiatrie veröffentlichte im Februar einen [interaktiven Projekteatlas](#) zu „Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern“. Anspruch des Projekteatlas ist es, leicht zugängliche und niedrigschwellige Hilfen - insbesondere für Familien mit Kindern, in denen ein Elternteil erkrankt ist, aufzunehmen und darzustellen. Bislang wurden über 300 Angebote in Deutschland mit Arbeitsschwerpunkten und Kontaktdaten aufgenommen. Betroffene, Angehörige, Profis und Interessierte können sich hiermit einen Überblick verschaffen, welche Projekte es in ihrer Region gibt.

Regionale Suchfunktionen sollen hier ein schnelles Auffinden von Ansprechpersonen, Unterstützungssystemen und regionalen Hilfenetzwerken ermöglichen. Der Atlas stützt sich auf umfangreiche Recherchen im Rahmen eines zweijährigen, vom Bundesministerium für Gesundheit geförderten Projektes und stellt den aktuellen Kenntnisstand bundesweiter Hilfen vor. Mit Blick auf die Darstellung der bundeslandbezogenen Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder psychisch erkrankter Eltern wird allerdings auch deutlich, dass die Anzahl der Angebote und die regionale Verteilung noch sehr unterschiedlich sind.

\*\*\*\*\*

### **Pflegekinder in Deutschland: Forderungen an Politik und Träger der Jugendhilfe**

In Deutschland leben fast 65.000 Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien. Dennoch zeichnet sich das Pflegekinderwesen in Deutschland durch unterschiedliche landestypische gesetzliche Regelungen und regional große Unterschiede in seiner Fachlichkeit und praktischen Umsetzung aus. Wenn das Pflegekinderwesen als nicht verzichtbare Hilfe zur Erziehung langfristig Aussicht auf Bestand haben soll, sind verbesserte gesetzliche Grundlagen und eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen der Pflegekinderhilfe dringend erforderlich.

Seit Juni 2012 treffen sich Delegierte bundesweit agierender Pflege- und/oder Adoptivfamilienverbände (PFAD Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien e.V., AGENDA Pflegefamilien, Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien e.V., Bundesverband behinderter Pflegekinder e.V.), um Kindeswohlthemen aus dem Bereich Pflegefamilie oder Adoption zu diskutieren. Dieser „Runder Tisch der Pflege- und Adoptivfamilienverbände“ schafft die Möglichkeit sich in politischen und fachlichen Ebenen mit der geballten Kraft der Pflege- und Adoptivfamilienverbände bundesweit für die Belange der Pflegekinder und ihrer Familien einzusetzen. Die Verbände zeigen die Veränderungsbedarfe und die Möglichkeiten zur Verbesserung in ihrem aktuell erschienen Positionspapier auf. Das Papier finden Sie [hier](#).

\*\*\*\*\*

### **Bundestag beschließt Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (StORMG)**

Der [Bundestag](#) hat am 14.03.2013 den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs ([17/6261](#)) in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung ([17/12735](#)) angenommen. Damit wird ermöglicht, die mehrfache Vernehmung von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch zu vermeiden. Ergänzt werden die Vorschriften über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei Hauptverhandlungen mit minderjährigen Opfern. Die Informationsrechte von Opfern werden erweitert. Präzisiert werden die Regelungen zur Zuständigkeit der Jugendgerichte in Jugendschutzsachen. Die bisherige Regelung zur Hemmung der Verjährung von zivilrechtlichen Ansprüchen wegen Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung bis mindestens zum vollendeten 21. Lebensjahr bleibt erhalten. Die strafrechtliche Verjährung ruht künftig ebenfalls bis zum vollendeten 21. Lebensjahr.

Der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs sah vor, durch eine Anpassung der §§ 36 und 37 JGG die

Qualifikation der Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte gesetzlich als Sollvorschrift zu formulieren: Die in der Richtlinie aufgeführten Kenntnisse oder zumindest deren baldiger Erwerb sollten Voraussetzung für die Zuweisung einer Zuständigkeit als Jugendrichter oder Jugendstaatsanwalt sein. Als Jugendrichter beim Amtsgericht oder als Vorsitzender einer Jugendkammer sollten nach Möglichkeit nur Personen eingesetzt werden, die bereits über entsprechende Erfahrungen verfügen. Im nunmehr beschlossenen Gesetz finden sich keinerlei Regelungen mehr zur Qualifikation von Jugendrichtern und Jugendstaatsanwälten. Sämtliche im Referenten- und Regierungsentwurf vorgesehenen Regelungen wurden fallen gelassen – und zwar wegen der „massiven, insbesondere justizorganisatorischen Bedenken der Länder gegen die vorgeschlagene verbindlichere gesetzliche Fassung der besonderen Qualifikationsanforderungen an Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte“, wie es in der Begründung der Beschlussempfehlung heißt (siehe auch [Presseerklärung der DVJJ](#) vom 15.03.2013)

\*\*\*\*\*